

KDV-Zahlen 2010

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 endet vorläufig die ausführliche Berichterstattung über die KDV- und Musterungszahlen.

Die Aussetzung der Wehrpflicht wirkte sich bereits in den KDV-Zahlen von 2010 aus, die deutlich zurückgegangen sind. Mit 130.879 Anträgen (Vorjahr: 151.962) fiel die Zahl um 13,87 Prozent. Der Anteil der Ungedienten fiel um 14,08 Prozent auf 116.519 (Vorjahr: 135.606), der der Vorbenachrichtigten und Einberufenen um 21,57 Prozent auf 9.110 (Vorjahr: 11.616) und der Anteil der Reservisten fiel auf 232 Anträge (Vorjahr 336). Nur die Zahl der verweigernden Soldaten erhöhte sich nochmals um 13,94 Prozent auf 5.018 (Vorjahr 4.404). Die Zahl der KDV-Anerkennungen ging deutlich zurück, auf 87.590 (Vorjahr 106.377). Die Zahl der Musterungen ist mit 5,8 Prozent dagegen langsamer zurückgegangen, auf 409.515 Musterungen (Vorjahr: 434.652). Obwohl die Aussetzung der Wehrpflicht angekündigt war, musterte man auf hohem Niveau weiter.

Von den 409.515 durchgeführten Musterungen wurden 399.214 Musterungen durch die Vergabe eines Tauglichkeitsgrades abgeschlossen. 10.301 Verfahren waren noch nicht abgeschlossen. Von den abgeschlossenen Musterungen waren gerade mal 51,82 Prozent für tauglich befunden (206.871 Wehrpflichtige), 43,33 Prozent oder 173.001 Wehrpflichtige wurden als nicht wehrdienstfähig eingestuft. Nur ein kleiner Teil von 19.342 Wehrpflichtigen war vorübergehend nicht wehrdienstfähig (4,85 Prozent). Legt man die Tauglichkeitsquote zugrunde, werden von diesen rund 19.300 Wehrpflichtigen rund 8.800 Wehrpflichtige letztlich als untauglich ausgemustert. Der Prozentsatz der nicht wehrdienstfähigen Wehrpflichtigen liegt in den letzten Jahren konstant bei rund 45 Prozent. Damit wurde die Zahl der Einzuberufenden klein gehalten und eine Wehrgerechtigkeit vorgegaukelt, die es schon lange nicht mehr gab. Aber das war politisch so gewollt.

Was kommt?

Fast auf den Tag genau 55 Jahre nach Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht wird diese zum 1. Juli ausgesetzt. Das betrifft sowohl den Grundwehr- als auch den Zivildienst. Künftig sollen nur noch Freiwillige einen Dienst leisten.

Mit der Umstellung der Bundeswehr auf eine Freiwilligenarmee rückt das Kriegsszenario in den Mittelpunkt. Im Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr »Vom Einsatz her denken« vom Oktober 2010, der noch vom damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg in Auftrag gegeben wurde, wird ausgeführt, dass sich die Bundeswehr auf neue Realitäten einzustellen hat. Es bleibt »die Herausforderung, einen signifikant höheren Beitrag zu internationalen Einsätzen, den unsere Verbündeten und Partner mit Recht von uns erwarten, zu leisten. Es muss möglich sein, die Zahl der 7.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich derzeit im Einsatz befinden, durchhaltefähig wenigstens zu verdoppeln«.

Die Sollstärke der Bundeswehr soll auf 185.000 Mann/Frau abgesenkt und damit effizienter werden.

Da die Bundeswehr überaltert ist, soll der Anteil der BerufssoldatInnen sinken und der von SoldatInnen auf Zeit steigen. Es sollen rund 15.000 Stellen für einen freiwilligen militärischen Dienst von 12 bis 23 Monaten geschaffen werden, der durch finanzielle Anreize attraktiv ausgestaltet werden soll.

Für die Kriegseinsätze der Bundeswehr müssen genügend junge Männer (und Frauen) rekrutiert werden. Bislang wurde dies über die allgemeine Wehrpflicht erreicht. Mit Hilfe der Wehrpflicht hat die Bundeswehr jährlich einen Großteil der 15.000 bis 20.000 ausscheidenden Zeit- und Berufssoldaten ersetzen können. Dies wird künftig auf anderen Wegen geschehen. Mit einer bislang beispiellosen Rekrutierungskampagne in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen usw. soll dieses Ziel erreicht werden. Allein für Anzeigen in Print- und anderen Medien plant das Verteidigungsministerium für das Jahr

Summe/Jahr	Ungediente	Vorbenachrichtigte/ Einberufene	Soldaten	Reservisten	Gesamt	Davon Zweit- anträge	Anerkennungen
2010	116.519	9.110	5.018	232	130.879	1.707	87.590
2009	135.606	11.616	4.404	336	151.962	2.245	106.377
2008	141.629	10.925	3.503	201	156.258	2.182	106.717
2007	148.467	9.611	3.119	251	161.448	2.000	111.740
2006	129.250	8.915	2.269	322	140.756	2.300	96.677
2005	131.102	6.303	1.639	492	139.536	2.070	100.971
2004	150.273	1.296	1.936	658	154.163	2.379	115.779

KDV-Anträge 2010; Quellen: BAZ-Pressestelle (04.02.2011)

2011 Ausgaben in Höhe von 5,7 Millionen Euro. Ein großer Teil davon fließt direkt an Medien des Springer-Konzerns. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Auch die Schulen werden in diese Kampagne mit einbezogen. In mittlerweile acht Bundesländern wurden seit 2008 Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den Wehrbereichskommandos der Bundeswehr abgeschlossen.

Ob diese Maßnahmen auf Dauer erfolgreich sein werden, lässt sich derzeit nicht vorhersagen. Fakt ist, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei den Jugendlichen kaum Interesse an einem Dienst in den Mannschaftsdienstgraden der Bundeswehr gibt, die im Ernstfall den Kopf hinhalten müssen. Beim Offiziersnachwuchs gebe es ausreichend Bewerber, so jedenfalls berichtete das Handelsblatt am 2. März.

Der Zivildienst soll ab 1. Juli durch einen Bundesfreiwilligendienst ersetzt werden, der von Frauen und Männern, die die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, geleistet werden kann. Man kann sich für eine Zeit von sechs und höchstens 24 Monaten verpflichten. In der Regel soll der Dienst ein Jahr dauern. Die bisherigen Einsatzplätze im Zivildienst sollen für den Bundesfreiwilligendienst bereit gestellt werden.

Die Strukturen des Zivildienstes werden aufrecht erhalten. Das Amt bekommt einen neuen Namen, die Regionalbetreuer und die Zivildienstschulen bleiben ebenfalls unter neuem Namen tätig, und auch der bisherige Beirat für den Zivildienst wird dann als Beirat für den Bundesfreiwilligendienst mit neuen Mitgliedern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beraten.

Für den Bundesfreiwilligendienst werden 35.000 Freiwillige pro Jahr eingeplant, weitere 35.000 Plätze werden im Freiwilligen ökologischen und sozialen Jahr angeboten. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, 70.000 Freiwillige jährlich für konkurrierende Dienste zu gewinnen, das sich Bundesfamilienministerin Kristina Schröder gesetzt hat. Wahr-

scheinlicher ist, dass dieses Ziel nicht erreicht wird, denn der Bundesfreiwilligendienst wird noch dilettantischer eingeführt als der »Biosprit« E 10. Bislang ist in der Öffentlichkeit kein Konzept zu erkennen, wie dieser Dienst bekannt gemacht werden soll und worin seine Vorteile liegen könnten.

Die Kriegsdienstverweigerung wird durch die Aussetzung der Wehrpflicht politisch an Bedeutung verlieren. Künftig werden nur noch wenige Zeit- oder BerufssoldatInnen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen. Für sie sollte es kompetente Ansprechpartner und Berater geben, die sie in ihrem Verfahren beraten und begleiten.

Die KDV-Verbände müssen sich endgültig neue Betätigungsfelder suchen. Diese liegen auf der Hand.

Für die Bundeswehr geht es künftig vor allem um Kriegseinsätze, und dafür sollen junge Menschen angeworben werden. Die Landesverteidigung spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Im Bericht der Wehrstrukturkommission kommt sie auf 112 Seiten nur noch mit einem Satz vor. Die Rekrutierungsoffensive der Bundeswehr muss mit einer Gegenoffensive beantwortet werden. Es geht darum, den Jugendlichen die Kriegsgefahren deutlich zu machen und sie auf Alternativen hinzuweisen. Die Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr« ist hierfür ein erster Ansatz. Sie darf sich jedoch nicht nur auf die Bildungseinrichtungen beschränken, sondern muss auf alle Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet werden, um der schleichenden Militarisierung Einhalt zu gebieten.

Der neue Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat jetzt die undankbare Aufgabe, die von seinem Vorgänger initiierte Bundeswehrreform fortzuführen. Ausgang: Offen. Eines wird er indes nicht tun. An der Aussetzung der Wehrpflicht rütteln, denn das wäre der Super-GAU der Bundesregierung.

Klaus Pfisterer ist Rechtsbeistand für KDV und Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg. 

Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2011, 309 Seiten, 12,95 Euro

Knapp drei Jahre nach ihrem ersten Erscheinen liegt die bislang einzige wissenschaftliche Gesamtdarstellung des Militarismus in Deutschland als preisgünstiges Taschenbuch vor. Wolfram Wette, viele Jahre Militärhistoriker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Freiburg (heute Potsdam), immer einer kritisch-historischen Friedensforschung verpflichtet und zuletzt Professor für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, erörtert die Ursprünge des deutschen Militarismus

und analysiert dessen Erscheinungsformen bis in die Gegenwart. Dieser entstand in der preußischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, kam in der kriegerischen Kultur der deutschen Kaiserzeit voll zu Geltung und fand in der NS-Zeit seinen zerstörerischen Höhepunkt. Der Untertitel des Buches »Geschichte einer kriegerischen Kultur« steht für Wette synonym für den Werdegang eines Systems, dessen Grundlagen der Menschenerziehung, der Verhaltensweisen und Einstellungen zum Staat schon früh militärisch geprägt waren.

Den Begriff Militarismus auf den Punkt gebracht hatte schon wenige Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 der deutsche Jesuitenpater Osseg, als er schrieb: »Die preußische Heeres-